



## **Zur psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg**

Pressemitteilung vom 06.02.2008

---

Wie aus unterschiedlichen Pressebeiträgen hervorgeht, wird das Thema unzureichende Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg zunehmend von der Öffentlichkeit wahrgenommen. So haben seit der Publikation der LPK-Versorgungsanalyse im Psychotherapeutenjournal (Nübling et al. 2006; Reisch et al. 2007) mehrere Zeitungen, vor allem aus dem Raum Stuttgart, über die Ergebnisse berichtet (u.a. Stuttgarter Zeitung, 2.7.2007 und 25.1.2008). Hervorgehoben wurde unter anderem, dass die von der LPK berechneten Versorgungszahlen in deutlichem Widerspruch zu den Bedarfsberechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg stehen, die sich an den Vorgaben der Bedarfsplanung orientiert.

Auch von der Politik und von Krankenkassenvertretern wurde diese Argumentation aufgenommen. So hat die LPK bei der Anhörung des Landtags-Ausschusses für medizinische Versorgung im ländlichen Raum unsere Position vorgetragen, dass die psychisch kranken Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg völlig unzureichend versorgt sind. Dies wurde auch von Kassenvertretern (z.B. vom Verband der Angestellten-Krankenkassen Baden-Württemberg) mitvertreten.

Die kürzlich vom Landtag Baden-Württemberg beschlossene Aufstockung des Bettenkontingents in der voll- und teilstationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche um ca. 25% (bis 2010 soll die Bettenzahl um 165 von derzeit 658 auf 823 erhöht werden) zeigt, dass nun auch die politisch Verantwortlichen in Baden-Württemberg von einer unzureichenden Versorgungssituation ausgehen. Indirekt werden damit die Ergebnisse der LPK bestätigt. Im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist diese Anerkennung der schwierigen Versorgungslage durch die Landesregierung ausdrücklich zu begrüßen. Der Bettenausbau in der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie erhöht grundsätzlich die Behandlungskapazitäten und kann damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung leisten.

Allerdings wird dieser Ausbau im stationären Bereich die Unterversorgung im Bereich der ambulanten Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen nicht beheben können. Die Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg weist seit geraumer Zeit daraufhin, dass vor allem durch eine weniger restriktive Vergabe bei der Kassenzulassung für Kinder- und Jugendlichentherapeuten die Versorgung im ambulanten Bereich verbessert werden könnte. Wie die LPK-Analysen gezeigt hatten, ist insbesondere der ländliche Bereich von der Unterversorgung stark betroffen. Auch in den dichter besiedelten Zulassungsbezirken ist die Versorgung – bis auf wenige Ausnahmen – derzeit keinesfalls gedeckt.

Für eine Verbesserung der Versorgung müssten dringend die bundesweit einheitlichen Grundlagen der Bedarfsplanung geändert werden. Eine eigene Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie oder eine Quote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie wären richtungsweisend. Während zum Beispiel unsere

Analyse für den Kreis Ludwigsburg eine Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher von knapp 20% ergab (und hierin eingeschlossen waren auch Kapazitäten der psychosozialen Versorgung z.B. durch die Jugendhilfe und durch Beratungsstellen), beträgt der rechnerische Versorgungsgrad in Ludwigsburg nach den Vorgaben der Bedarfsplanung 122% und spiegelt so eine Überversorgung vor. Da bei der Bedarfsplanung nicht zwischen der Patientengruppe der Kinder und Jugendlichen und der Erwachsenen differenziert wird, wird durch die Bedarfsplanung die Unterversorgung im Bereich der ambulanten Versorgung von Kindern und Jugendlichen weiter fest geschrieben. Hier ist zu fordern, dass sich die Bedarfsplanung am tatsächlichen Bedarf orientiert. Die Methodik der Berechnung muss grundlegend und v.a. auch dahingehend geändert werden, dass die Häufigkeit der Erkrankungen und damit der tatsächliche Bedarf einbezogen wird.

Dass dies nicht nur für die betroffenen Kinder und Jugendlichen, ihre Familien und ihr soziales Umfeld sondern auch aus gesundheitsökonomischer Perspektive von hoher Bedeutung sein kann, zeigt der Blick auf die Folgekosten, die durch Nichtbehandlung psychischer Erkrankungen entstehen können. Diese sind besonders gravierend, wenn sie bereits im Kindes- und Jugendalter entstehen. Es ist inzwischen wissenschaftlich gut belegt, dass die meisten psychischen Störungen des Erwachsenenalters ihren Ursprung bereits in Störungen im Kindes- und Jugendalter haben. Damit kommt diesem Lebensabschnitt die größte Bedeutung für Prävention und Intervention zu. Wie die Global Burden of Disease Studie der Weltgesundheitsorganisation eindrucksvoll zeigte, sind psychische Störungen mit enormen Folgekosten sowohl für das Gesundheitswesen, vor allem aber auch für die gesamte Volkswirtschaft verbunden. Psychische Erkrankungen gehören nach den kardiovaskulären Erkrankungen und noch vor den Krebserkrankungen zu den größten, intensivsten und beeinträchtigendsten Krankheitsgruppen. Sie werden europaweit für mehr als 20% der Gesamtkosten der Gesundheitsetats verantwortlich gemacht.

Gespräche des Vorstandes der Landespsychotherapeutenkammer mit den Verantwortlichen der Kassenärztlichen Vereinigung im vergangenen Dezember haben bereits erste Früchte getragen. Dabei wurde Übereinstimmung erzielt, dass es aufgrund der Bedarfsplanung insbesondere in ländlichen Kreisen zu einer schlechten Versorgung im KJP-Bereich kommt. Die KV-Vertreter signalisierten ihre Bereitschaft, die Landespsychotherapeutenkammer dabei zu unterstützen, in einem besonders schlecht versorgten Kreis eine genaue Erhebung der Versorgungssituation durchzuführen, um so die Unterversorgung exakt belegen zu können. Hierbei sollen Daten der KV mit den Daten der LPK zusammengeführt werden. Der Vorstand der Landespsychotherapeutenkammer hofft so mit dazu beitragen zu können, dass weitere Zulassungen von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten möglich werden und mittelfristig die ambulante Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessert werden kann.

#### Literatur:

- Nübling, R., Reisch, M. & Raymann, T. (2006): Zur psychotherapeutischen und psychosozialen Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Baden-Württemberg. Psychotherapeutenjournal, 5, Heft 3/2006, 247-257.
- Reisch, M., Raymann, T. & Nübling, R. (2007). Zur regionalen Struktur der psychotherapeutischen und psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg. Psychotherapeutenjournal PTJ, 6, Heft 2, 129-138.

#### Kontakt:

Dr. Dipl.-Psych. Rüdiger Nübling  
Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg  
Jägerstr. 40, 70174 Stuttgart  
Tel. (Durchwahl): 0711/674470-40  
Fax: 0711/674470-16; Telefonzentrale: 0711/674470-0  
mail: [nuebling@lpk-bw.de](mailto:nuebling@lpk-bw.de)  
[www.lpk-bw.de](http://www.lpk-bw.de)